

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Barchuth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgeb. freibleibend für den Monat eine Goldmark.  
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).  
Fernsprecher Nr. 17. — Postcheckkonto: Berlin Nr. 345 46.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erhaltung des Bezugsgebotes.  
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepalte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigeipaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.  
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).  
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedruckte geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.  
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 141

Donnerstag, den 25. November

1926

## Große außenpolitische Debatte.

Deutscher Reichstag, 236. Sitzung, Dienstag, den 23. November.

Der Reichstag hat am Dienstag um 3 Uhr in der Fortsetzung der Staatsberatung die große außenpolitische Debatte begonnen, die ursprünglich schon vor 14 Tagen stattfinden sollte. In Verbindung mit der allgemeinen Aussprache über die auswärtige Politik wird ein deutschösterreichischer Antrag behandelt, der die Kündigung der Locarnoverträge verlangt und ein Antrag der Deutschnationalen und der Regierungsparteien, der die Regierung ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob nach den Satzungen des Völkerbundes und des Internationalen Gerichtshofes in Haag eine Untersuchung der Kriegsschuldfrage vor dem Internationalen Gerichtshof möglich ist. Die außenpolitische Debatte wird wahrscheinlich zwei Tage in Anspruch nehmen.  
Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die auswärtige Politik. Anwesend sind der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

### gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien.

gibt der Abgeordnete Emminger von der Bayerischen Volkspartei ab. Er führt ungefähr folgendes aus:  
Die Regierungsparteien stimmen der bisherigen Außenpolitik der Reichsregierung zu, insbesondere den Verhandlungen von Genf und Spitz, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund habe sich nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten unter den Bedingungen vollzogen, die den wesentlichen Forderungen Deutschlands entsprächen, vor allem durch die Wahl als ständiges Mitglied und die Anerkennung der besonderen Lage Deutschlands in der Frage des Artikels 16 der Völkerbundsatzung. Dieses Ergebnis befriedigt die Regierungsparteien. Bei der entscheidenden Wichtigkeit, welche die Frage der Abrüstung für die Sicherung des Weltfriedens und den Bestand des Völkerbundes hat, wird sich die Mitarbeit Deutschlands in Genf in besonderem Maße auf die Durchsicht der allgemeinen Abrüstung zu erstrecken haben. Die Bemühungen des Außenministers,

### die Militärkontrolle

zu beendigen, müsse man unterstützen. Die Erklärung der Regierungsparteien wendet sich dann gegen das Bestreben der Franzosen, die Untersuchungskontrolle weiter auszuweiten, als es der Friedensvertrag zulässt. Dann geht die Erklärung auf die Möglichkeit der Befreiung der besetzten Gebiete ein und betont, dass man hier alle Maßnahmen des Außenministers unterstützen müsse. Zum Schluss bekräftigt sie sich mit den Wahlen in Oberschlesien, die eine überwältigende deutsche Mehrheit ergeben hätten. Es wird die Erwartung ausgesprochen, dass Polen entsprechende Folgerungen zöge, und es wird dabei auf die Haltung Deutschlands seinen eigenen Widerstreben gegenüber hingewiesen.

Dann kommt der deutschösterreichische Abgeordnete Hoegsch zu Wort. Er bekämpft Stresemanns Spitz-Politik. Die Deutschnationalen hätten von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen nur möglich sei bei einer gleichzeitigen Unterbindung der Vereinigten Staaten. Der Optimismus des Außenministers, wie er noch in Genf zutage getreten sei, sei zu bekämpfen.

Der frühere Reichsstanzarzler Witz habe in seiner letzten Rede ebenfalls seiner Enttäuschung über die Haltung der Franzosen Ausdruck gegeben. Die Enttäuschung, reiche bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie hinein.

Bei diesen Worten Hoegschs werden laute Gerufe auf der linken Seite laut, auf die der Redner antwortet: „Auch Sie haben doch nur festgestellt, dass sich in der Rheinlandbesetzung nichts geändert hat.“ Das Rheinland warte weiter auf Entlastungen. Inwieweit variere die französische Presse das Thema. Die Franzosen behaupten, sie hätten keine Ziele. Frankreich müsse deutsche Vorschläge und deutsche Vorstellungen abwarten. Dann werde es sich entscheiden. Das sei ein Zirkum. Man brauche sich nicht auf die Frage einzulassen, wer in Wirklichkeit größere Ziele habe, zu einer Entscheidung zu gelangen. Ihm scheine das Frankreich zu sein. Jedenfalls habe Deutschland keinen Anlass, Vorbereitungen irgendwelcher Art zu treffen. Die Faktion habe aber gegen die Sitzung der deutschen Flage auf dem Völkerversammlung am Tage der Waffenstillstandsfeier eine Interpellation eingebracht. Die deutschösterreichische Faktion müsse die Handlung des deutschen Völkerversammlungsmittels, denn er habe Inzidenzen verlegt, deren Bedeutung gerade in diesem Falle besonders groß gewesen sei. Da man mit dem Amerikaner ein offenes Wort reden könne, so sei man auch hier der Ansicht, der deutsche Völkerversammlung, wenn er gewollt hätte, in der Lage gewesen, den Flagenwappensfall zu vermeiden. Professor Hoegsch kam dann auf den Zwischenfall zu sprechen. Die Deutschnationale Volkspartei habe immer den Standpunkt vertreten, dass

### die Lasten des Danesplans

nicht von der deutschen Wirtschaft zu tragen seien, weil es immer darauf ankomme, ob der notwendige Lebensbedarf im Export gegenüber dem Import herausgeholt werden könne, und das sei praktisch unmöglich. Deshalb sei der Plan undurchführbar. Eine allgemeine internationale wirtschaftliche Verständigung sei durchaus notwendig und werde auch von der Deutschnationalen Volkspartei begrüßt. Professor Hoegsch kam dann auf das Wirtschaftsmittel zu sprechen. Man habe kein Leben dieses Manifestes das Gefühl, vor einem alten totemischen Stiefel zu sitzen. Die Befreiung des Rheinlandes muß selbstverständlich so schnell wie möglich erfolgen. Aber zu Vorlesungen haben wir gar keinen Anlass. Die deutschösterreichische Faktion hat immer gefordert, daß vor jeder Ent-

scheidung in Völkerbundfragen erst die vollständige Befreiung der Militärkontrolle erfolgen müsse. Heute zeigt sich, wie berechtigt diese Forderung der nationalen Opposition war. Mit einer ersatzlosprechenden Arbeit im Völkerbund ist nicht zu rechnen, solange Militärkontrollkommissionen in Deutschland tätig sind.

Es bestrebe im Reichstag sicher keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß Deutschland die Abrüstung im weitesten Maße durchgeführt habe. Trotzdem habe die Völkerversammlung eine neue lange Liste von Beschwerden und Schikanen vorgelegt, oder noch schlimmeres, nämlich Kontrollmaßnahmen mit wirtschaftlichen oder politischen Nebenabsichten gefordert. Eine vertrauensvolle Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund sei nicht zu rechtfertigen, solange die Internationalisierte Militärkontrollkommission ihre Tätigkeit in Deutschland fortsetze. (Der Außenminister nicht zu dieser Feststellung.) Das Untersuchungsprotokoll könne Deutschland nicht anerkennen. Die Ausführungsbestimmungen über Artikel 213 des Vertrages von Versailles könnten erst nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund behandelt werden. Es bestrebe auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber in Deutschland, daß eine ständige Kontrolle des Völkerbundes und eine besondere Organisation der Kontrolle am Rhein allgemein abgelehnt werde.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann,

der Johann das Wort nimmt, spricht seine Freude darüber aus, daß der Redner seine und seiner Freunde Überzeugung von der Ehrlichkeit des französischen Außenministers zum Ausdruck gebracht habe. Zu unterstreichen sei, was Hr. Hoegsch betont habe, daß die Forderungen nach Beendigung der Fragen der Abrüstung mit den Vorfällen von amlicher französischer Stelle niemals erhoben, vielmehr ausdrücklich abgelehnt worden sind. In dieser Hinsicht gebe es aber gar keinen Unterschied in der Auffassung der deutschen Parteien.

Dr. Hoegsch hat gesagt, daß eine Opposition der Regierung nur nötig könne. Ich bin der Meinung, daß weder für über-schwenglichen-Optimismus noch für einen pessimistischen Veranlassung vorlag, wie er vielfach zum Ausdruck gekommen ist. In der Frage der Militärkontrolle brachte Dr. Hoegsch zum Ausdruck, daß sich die Regierung jetzt den Forderungen der Opposition gebe, nähert habe. Die Frage der Beendigung der Militärkontrolle war auch ein Thema in Spitz, und wenn man auf dem einen Gebiet nicht vorwärts kommt, dann versucht man es eben auf einem anderen, auf dem eine Verwirklichung leichter erscheint.

Daß die Militärkontrollkommissionen so bald wie möglich verschwinden müßten, darüber habe ich nie einen Zweifel gelassen.

Der Minister stimmt vollkommen mit Dr. Hoegsch darin überein, daß die Niederlassungsfrage bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht als unpolitische Fragen behandelt werden dürfe. Die Verhandlungen müßten wenigstens auf wirtschaftlichen Gebieten zu einer freundschaftlichen Entwicklung führen. In der Frage des Verhaltens des deutschen Völkerversammlungsmittels erklärte Dr. Stresemann zunächst formell diese Frage dahin, daß der Völkerversammlung in Washington, ehe er zu dieser Flagenhüllung Stellung nahm, nicht eine Neußerung des Auswärtigen Amtes eingeholt, sondern nach freiem Ermessen gehandelt hat. Und ich danke ihm dafür! Bei der Waffenstillstandsfeier in Paris hat der deutsche General die Flage mit Recht nicht gehißt, denn in diesem Falle trug die Feier den Charakter einer Siegesfeier. Der Minister wendet sich dann der Militärkontrollfrage zu. Die Reichsregierung sei der Ansicht, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Internationalisierten Kontrollkommission jetzt gegeben sind. Die deutsche Entwarnungsaktion sei materiell tatsächlich abgeschlossen. In langwierigen Verhandlungen sei es gelungen, die kritischen Fragen bis auf einen kleinen Rest zu erledigen.

Die einzelnen Punkte, über die zurzeit verhandelt wird, könnten keine Veranlassung für ein weiteres Verbleiben der Kommission sein. Von den beteiligten Regierungen müsse erwartet werden, daß sie nicht mehr zögern, aus dieser Sachlage die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen.

Der Minister dankt in diesem Zusammenhang den Männern der Reichswehr, die die deutsche Entwarnungsaktion durchgeführt haben. Es werde im deutschen Volke vielfach nicht genügend beachtet, welche Anforderungen seiliger Natur, Selbstbeherrschung und Disziplin an diese Männer gestellt werden mußten.

### Beworfschender Anruf der Inflationspfandbriefe.

In der nächsten Nummer der Preussischen Gesetzgebung gelangt die zweite Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landwirtschaftlicher (ritter-schaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtschaffern, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landesfunkturrentendanken zur Veröffentlichung.

Nach der Verordnung sind den Pfandbriefgläubigern der angegebenen Kreditinstitute, welche die Aufwertungsanwartschaft durch Einlieferung von Pfandbriefen zurückzahlen, die von ihnen bisher gezahlten Zinsen bis zu einem bestimmten Betrage zurückzuerstatten. Die Verordnung gibt ferner den in der Verordnung aufgeführten Kreditanstalten das Recht, die von ihnen ausgegebenen Pfandbriefe aus eigenen Mitteln aufzulüpfen. Durch dieses Rückzahlungsrecht sollen die Kreditinstitute in die Lage versetzt werden, die in der Nachkriegszeit ausgegebenen Pfandbriefe, die sog. Inflationspfandbriefe, aufzurufen, um so die Durchführung der Aufwertung nicht unerheblich zu vereinfachen.

## Frankreichs Wünsche zur Umgestaltung der Militärkontrolle.

Eine französische Ausfassung von ständiger Stelle.

Paris. Das Pariser Blatt „Intransigeant“ brachte kürzlich angeblich aus zuverlässiger Quelle einen Artikel, betitelt: „Die reine Wahrheit über die Kontrolle der deutschen Abrüstungen“. Danach strebe man deutschseits die Abschaffung der internationalisierten Militärkontrolle an, um gleichzeitig die Durchführung des Kontrollrechtes des Völkerbundes in Deutschland unmöglich zu machen. Das Blatt betont dabei, daß

französischerseits eine ständige Kontrolle der Rheinlande vorgesehen

sei nach dem Abzug der Besatzungstruppen, und daß Briand und Paul-Boncour diese Auffassung einschleichen vertrieben. Deutschland habe ebenso klar vor Locarno in Paris wissen lassen, daß es unter gar keinem Vorwande zulassen werde, daß eine ständige Kontrolle, die im Verfall der Vertrag nicht festgelegt sei, auch nur zur Diskussion vorgelegt werde. Man müsse daher darauf beharren, nicht die ständige Kontrolle im Rheinland mit dem Untersuchungsrecht auf dem gesamten deutschen Gebiet, das im Sinne des Artikels 213 des Versailler Vertrages ausgeübt werde, zu verwechseln. Dessen Durchführungsregelungen habe der Völkerbundrat seinerzeit mit Stimmeneinheit beschlossen.

Dieses Reglement bestimme alle Einzelheiten. In der Spitze dieser Kontrollorganisation befände sich General Desjardes. Das Dokument könne nur wieder mit Stimmeneinheit des Rates abgeändert werden. Das sei die Auffassung, von der die französische Regierung nicht abweichen dürfe. Gegen diese laufe nun Deutschland Sturm. Es wolle eine Untersuchung ohne die Anwesenheit eines deutschen Untersuchungsbeamten nicht zulassen und damit die unangelegte Kontrolle des Völkerbundes verhindern. Weiter lehne Deutschland die Untersuchung bei Privatleuten ab, womit es aber sehr leicht alle seine militärischen Vorbereitungen verschleiern könne. Es wolle bemerken, daß zu gleicher Zeit, als Frankreich im Völkerbund allein unter den großen Mächten den Antrag stellte, eine internationale Kontrolle bei sich anzunehmen,

Deutschland als Gegner einer internationalen Kontrolle

sich erklärt habe. Es habe lieber auf die Gelegenheit, eine Abrüstungskontrolle in Frankreich auszuüben, verzichtet, als Gefahr zu laufen, diese Kontrolle bei sich selbst durchzuführen zu sehen. Darum müsse man auf Deutschland, bevor die Abberufung der Internationalisierten Kontrollkommission stattfindet, die Unterzeichnung einer Verpflichtung verlangen, sich der Untersuchung, wie sie der Völkerbund ausgearbeitet habe, zu unterwerfen.

## Zusammenkunft Briands, Chamberlains und Mussolinis.

London. Ein französischer Berichterstatter des Londoner Blattes „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris, seit einiger Zeit werde in Pariser diplomatischen Kreisen von der Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Briand, Chamberlain und Mussolini gesprochen, doch sei Endgültiges noch nicht festgelegt. Man nehme an, daß Chamberlain seine Reise nach Genf in Paris unterbrechen und zwei oder drei Tage dort bleiben werde, was ihm ermöglicht würde, mit Briand eine Verständigung wegen der am 6. Dezember beginnenden Tagung des Völkerbundes zu erreichen.

## Paris meldet: Zusammenkunft Briand-Mussolini.

Das Pariser Blatt „Petit Journal“ berichtet, es sei nicht unmöglich, daß nach Beendigung der Tagung des Völkerbundes, d. h. gegen den 15. Dezember, Briand sich in eine italienische Stadt in der Nähe der schweizerischen Grenze begeben würde, um mit Mussolini zusammenzutreffen, da dieser, wie Nachrichten aus Rom besagten, es für unmöglich halte, augenblicklich italienisches Gebiet zu verlassen. Die Begegnung zwischen Briand und Mussolini könnte in Stresa am Lago Maggiore stattfinden.

## Anwetter- und Sturmshäden in Europa. Oesterreich schwer heimgesucht.

Ein. Aus verschiedenen Teilen Oesterreichs treffen Meldungen über Schäden ein, die der orkanartige Sturm an Gebäuden, Obstgärten und Waldungen angerichtet hat, insbesondere in der Gegend von Windisch-Garten und Traunkirchen, wo eine Person verlegt wurde. Auf dem Wolfgangsee und dem Attersee wurde infolge des Anweters der Schiffsverkehr eingestellt; desgleichen wurde der Zugverkehr auf der Strecke Wolfgang-Ischl infolge der Unterwassergeraten der Seeufer eingestellt. In verschiedenen Ortschaften Nordtirols wurden Dächer abgedeckt und Bäume umgestürzt und entwurzelt. Der Fernpostverkehr ist teilweise gestört. Die Flüsse führen wieder Hochwasser. Aus Südtirol sind ebenfalls neue Wetter- und Hochwasserbeschwerden gemeldet. Ein starker Sturm richtete in Westfalen und in der Grauboden großen Schaden an Baulichkeiten und in den Waldungen an.